

Nach Aufstand der Kitesurfer: Robert Habeck will „Lösung“ finden

27. Januar 2016

22.000 Protestunterschriften sprechen deutliche Worte. Der Umweltminister will führende Mitglieder der Kitesurf-Szene zum Gedankenaustausch einladen.

KIEL | Umweltminister Robert Habeck macht einen Schritt auf seine Kritiker zu: Am 10. Februar hat der Grünen-Politiker führende Mitglieder der Kitesurfer-Szene zu einem Gedankenaustausch ins Ministerium eingeladen. Dabei will er Möglichkeiten für Kompromisse zwischen der boomenden Trendsportart und Belangen des Vogelschutzes ausloten.

Kitesurfen zieht eine besondere Zielgruppe an Touristen nach Schleswig-Holstein. Wenn die Trendsportart eingeschränkt wird, bestünde das Risiko, dass die Sportler sich andere Ziele suchen. Die Vielfalt der Schleswig-Holstein-Besucher würde abnehmen.

Ärger hat Habeck vor allem an der Westküste auf sich gezogen. Seine Nationalparkverwaltung strebt dort ein grundsätzliches Kite-Verbot an. Nur in weniger sensiblen Bereichen möchte sie es als Ausnahme erlauben. Dazu laufen letzte lokale Abstimmungsrunden mit Kommunen, Naturschützern, Touristikern und Wassersportlern. Genehmigen müsste neue Regeln das Bundesverkehrsministerium. Es verantwortet die Befahrensverordnungen. Dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann übergab gestern die Global Kitesurf Association eine Petition mit 22.000 Protestunterschriften. Die Kiter werfen dem Land vor, in die Gespräche nicht genügend einbezogen worden zu sein. Neben dem Verlust an Bewegungsfreiheit fürchten sie eine erhöhte Unfallgefahr, wenn sich viele Surfer auf wenigen Abschnitten drängen.

Habeck möchte am 10. Februar einen „Lösungsvorschlag“ präsentieren und diskutieren, der sich aus den vom Nationalparkamt initiierten Gesprächen vor Ort speist. Dessen Vertreter bittet der Minister zwei Tage vorher zu sich. Zu den überregionalen Vertretern des Kitesports am 10. Februar zählen der Europameister Mario Rodwald aus Rendsburg, der Geschäftsführer der Global Kitesports Association, Jörgen Vogt aus Hamburg, und Lars Schwauna aus Kiel, Gründer des Kiter-Netzwerks „Love it like a local“. Es hat den

Widerstand mitorganisiert. „Love it like a local“-Sprecher Martin Motzek begrüßt Habecks Gesprächsbereitschaft. Jede Form spezieller Zonen lehnt der Kiter indes weiter ab, da er schlicht eine Gleichbehandlung mit anderen emissionsfreien Wassersportarten fordere.

Zum Spielraum beim weiteren Vorgehen erklärt Habeck: „Ob auf einem möglichen Antrag an den Bund letztlich ein generelles Verbot mit sehr großzügigen Ausnahmegebieten steht oder man es umdreht und einzelne Verbotszonen wählt, ist nicht abschließend entschieden. Faktisch wird es aber aufs Gleiche hinauslaufen: große Kitegebiete und daneben Ruhezeiten für die Natur.“

Weiteren Gesprächsbedarf signalisiert der Minister für die Ostsee. Dort will er das Kiten nicht nur in neun Naturschutzgebieten untersagen. Zusätzlich strebt er in FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat) freiwillige Vereinbarungen mit Kiteern über einen Verzicht im Winter an. Dies soll für 17 Vogel-Hotspots gelten. Als Anlass nennt Habeck ein Verfahren der EU gegen Deutschland, da für FFH-Gebiete Managementpläne fehlen.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther wundert sich: „Man versteht diesen Minister nicht mehr. Habeck will mit dem Naturschutzgesetz alle Äcker und Wälder des Landes für Jedermann zum Betreten frei geben, unabhängig von Brut- oder Setzzeiten. Dort lässt er keine Ruhezeiten für die Natur. Beim Kitesurfen macht er es umgekehrt. Der einzige Zusammenhang bei dieser völlig gegensätzlichen Politik ist, dass der Nabu beides fordert. Das reicht für Habeck offenbar als Begründung aus.“ Die IHK Flensburg mahnt: Der Tourismus lebe vom maritimen Erleben. „Gewisse Freiheiten zur Ausübung des Wassersports muss es geben“, sagt Vize-Hauptgeschäftsführer Dirk Nicolaisen.

Autor: Frank Jung